

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP**

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1981
hier: Haushaltsgesetz 1981
– Drucksachen 9/50, 9/498 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung um eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme und um die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der mit der Bundesrepublik Deutschland befreundeten und verbündeten Republik Türkei. Er befindet sich dabei in Übereinstimmung mit dem Beschluß der OECD, langfristig zur Gesundung der türkischen Wirtschaft beizutragen.

Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß die türkische Regierung die ihrem Lande gewährte Hilfe zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung des Landes sowie zur Erfüllung ihrer NATO-Verpflichtungen nutzen wird.

Der Deutsche Bundestag erinnert daran, daß die Türkei, wie alle Mitglieder des Atlantischen Bündnisses und des Europarates, besondere Verpflichtungen zur Wahrung der Grundsätze der Demokratie, der Herrschaft des Rechtes, der Freiheit der Person und der Menschenrechte übernommen hat.

Deshalb erwartet er von der derzeitigen türkischen Staatsführung:

- im Sinne der Zusagen an das türkische Volk die Festlegung eines Zeitplans, der die möglichst baldige Rückkehr zu einer funktionsfähigen Demokratie sicherstellt;
- die baldige Wiederherstellung der freien Betätigungsrechte für politische Parteien und Gewerkschaften;
- die baldige Wiederherstellung der vollen Pressefreiheit;
- die alsbaldige Abschaffung der Regelung des derzeitigen Ausnahmezustandes, wonach Festgenommene u. a. erst nach 90 Tagen ihrem Richter vorgeführt werden müssen;
- die Überprüfung aller Foltervorwürfe und die Bestrafung aller der Beteiligung an Folterungen Überführten;
- die Gewährleistung der Ausreisemöglichkeiten für demokratische türkische Politiker und das Recht auf weitere politische Betätigung für die derzeitigen Parlamentarier.

Bei Gewährung dieser materiell beträchtlichen Hilfe handelt der Deutsche Bundestag in der Erwartung, daß die jetzige militärische Staatsführung der Türkei ihre Macht, wie schon zweimal in den letzten 20 Jahren, nach Wiederherstellung der inneren Sicherheit baldmöglichst in die Hände einer frei gewählten demokratischen Regierung zurückgeben wird. Er weist auf die entsprechenden Erklärungen hin, die gegenüber der Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages bei ihrem Aufenthalt in der Türkei Anfang März 1981 gemacht wurden.

Die Mittel für die Türkei aus dem Bundeshaushalt werden vom Bundestag bewilligt in der Erwartung, daß den oben genannten Zusicherungen entsprochen wird. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihm im nächsten Jahr über die in diesen Fragen erreichten Fortschritte zu berichten.

Bonn, den 3. Juni 1981

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion